

NR. 2, JULI 2020

# OSTGRÜN

BULLETIN DER KANTONE SG, TG, GL UND GR



- › **CORONA-VIRUS:** CORONA-MILLIARDEN UND SPARPAKETE SEITE 4
- › **GRAUBÜNDEN:** PROTEST GEGEN ZAHNLOSES BÜNDNER ENERGIEGESETZ SEITE 8
- › **THURGAU:** HISTORISCHER WAHLERFOLG DER GRÜNEN THURGAU SEITE 13



**GRENZÜBERSCHREITENDE  
ZUSAMMENARBEIT**

# LIBERTÉ, EGALITÉ, PFEFFERMINZTÉ!

Riesige Auswahl an Heilkräutern.



BIOGÄRTNEREI | NATURGÄRTEN  
8586 Erlen TG neubauer.ch

## ZU WARM UNTERM DACH?

**CURAU**  
WWW.CURAU.CH

Mit unserer Dämmung  
bleibt die Hitze draussen!

## Im Einklang mit der Natur



Guido Leutenegger  
[www.natur-konkret.ch](http://www.natur-konkret.ch)

Das tier- und naturfreundlichste  
Label der Schweiz



## INNOVATIVE WEINE AUS DEM ST. GALLER RHEINTAL



JETZT PROBIERPAKET IM SHOP  
bestellen mit Code:  
#grün2019-fruehling

**STEGELER**  
Wein. Kultur.

Weingut Stegeler AG | Blumenstrasse 4 | CH-9442 Berneck | 071 744 27 09  
[wein@stegeler.ch](mailto:wein@stegeler.ch) | [www.stegeler.ch](http://www.stegeler.ch)

für Küche, Haushalt, Bad, Garten,  
Kleiderschrank und Geschenksideen  
Bahnhofstrasse 4 · Weinfelden  
[www.biosfair.ch](http://www.biosfair.ch)

## DEIN INSERAT IM «OSTGRÜN»

Du erreichst 1750 Mitglieder und  
Sympathisant\*innen der GRÜNEN  
in der Ostschweiz.

1/8 Seite Fr. 150.00, bei vier Schaltungen ein  
Inserat gratis, 10% Mitgliederrabatt.

[sekretariat@gruene-sg.ch](mailto:sekretariat@gruene-sg.ch) | [sekretariat@gruene-tg.ch](mailto:sekretariat@gruene-tg.ch)

## COMEDIA

Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen  
Tel. 071 245 80 08, [medien@comedia-sg.ch](mailto:medien@comedia-sg.ch)



Die Genossenschafts-Buchhandlung mit dem  
besonderen Angebot und dem guten Service.  
Auch für Bibliotheken, Schulen, Institutionen.

[www.comedia-sg.ch](http://www.comedia-sg.ch) mit unseren Buch-,  
Comic/Manga-, WorldMusic- und Veranstaltungstipps  
und dem grossen Medienkatalog mit E-Shop!

# DIE GRÜNEN KOMMEN AN

## Liebe GRÜNE

Seit unserem Wahlerfolg sind drei Sessionen vergangen. Im Dezember 2019 haben wir voller Erwartungen auf unseren Sitzen im National- und Ständerat Platz genommen. Rasch zeigte sich, dass es Zeit braucht, um in Bern anzukommen. So wirkten die neuen Mehrheiten im Nationalrat noch nicht richtig und im Ständerat – mit seinen ungeschriebenen Regeln und Gepflogenheiten – hatten wir das Gefühl, dass man uns zuerst die Grenzen aufzeigen will. Bei Vorlagen wie der Konzernverantwortungsinitiative und einem ernsthaften Gegenvorschlag blieb der Ständerat stur beim Alibi-Gegenvorschlag, während im Nationalrat die Mehrheit für einen echten Gegenvorschlag mit jeder Runde kleiner wurde. Unsere Bemühungen, bei der Rettung der Luftfahrtindustrie nicht einfach die Rückkehr zum Status quo vor der Corona-Krise anzustreben, waren nicht von Erfolg gekrönt. Im Ständerat verloren wir manchmal mit fünf Stimmen für unsere Anträge. Unseren eigenen.

## Grüne Forderungen münden in konkrete Entscheidungen.

Aber die Sommersession zeigte, dass die Wahlen doch Auswirkungen auf den Parlamentsbetrieb haben und die guten Resultate bei uns in der Ostschweiz, in St.Gallen und im Thurgau, wirkten bis nach Bern. In zwei zentralen Vorlagen der Sommersession, der «Ehe für alle» und dem CO<sub>2</sub>-Gesetz, sind unsere Forderungen in konkreten Entscheidungen gemündet. Natürlich, mehr wäre wünschenswert. Aber ohne unsere Wahlerfolge und die tägliche Arbeit in Bern, wären solche Erfolge nicht zustande gekommen.

Auch der konservative Ständerat bewegt sich. Unsere Voten werden ernst genommen, wir finden Verbündete in anderen Gruppen und zeigen, dass unsere Gruppe – die erste der GRÜNEN im Ständerat – eigenständige Politik macht. Das ist im persönlich geprägten Ständerat wichtig. Gleichtags, wie der Nationalrat die «Ehe für alle» behandelte, hiess der Ständerat die vereinfachte und nicht mehr mit Schikanen verbundene Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister gut. Mit über 30 Stimmen. Das wäre noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen.

Wir und unsere Politik sind nun in Bern angekommen.



Mathias Zopfi  
Ständerat GRÜNE GL  
mathias.zopfi@parl.ch



### OSTGRÜN NR. 2/2020

Bulletin der GRÜNEN Ostschweiz  
c/o Daniel Bosshard  
Federerstr. 15d, 9008 St.Gallen

Juli 2020  
Erscheint 3 bis 4 mal jährlich

Auflage: 1750 Exemplare  
Redaktion: Kurt Egger (TG), Daniel Bosshard (SG), Priska Müller Wahl (GL), Nicolas Zogg (GR)  
Gestaltung: Daniel Bosshard  
Titelbild: Michel Canonica  
Druck: Druckerei Walpen, Gossau



## CORONA-MILLIARDEN

## UND SPARPAKETE

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie konnten in den meisten Bereichen abgedeckt werden. Auch auf Druck der GRÜNEN sind Unterstützungsmassnahmen beschlossen worden. Nun gilt es, sich auf allen Ebenen gegen die bürgerliche Sparwut durchzusetzen.

FRY. Die erste Welle der Corona-Pandemie ist überstanden, und insbesondere in der Ostschweiz waren die gesundheitlichen Folgen geringer als befürchtet. Der grosse Ansturm auf die Spitäler blieb aus, das Gesundheitssystem kam nicht an seine Grenzen. Und auch die wirtschaftlichen Folgen konnten in den meisten Bereichen abgedeckt werden: Dank der Milliarden, die der Bund und die Kantone in nur wenigen Wochen gesprochen haben.

### Mietreduktion um 60 Prozent

Die Geschäfte, Cafés und Fitnessstudios sind wieder geöffnet. Doch ihnen steht jetzt eine herausfordernde Zeit bevor, wenn sie die Umsatzeinbussen kompensieren wollen. Umso wichtiger war es, dass wir in der Sommersession nach langem Ringen und mehreren Anläufen eine verbindliche Lösung im Streit um die Gewerbemieten erzielen konnten. Der Bundesrat wollte keine Regelung, doch das Parlament entschied anders. Für die Periode der angeordneten Schliessung sind nur 40 % des Mietzinses geschuldet. So werden gerade die kleinen Geschäfte entlastet, die selber keine Mietreduktion aushandeln konnten, und die Corona bedingten Ausfälle werden fair zwischen Mie-

ter\*innen und Vermieter\*innen geteilt.

### Der politische Einsatz hat sich gelohnt

Doch einige Branchen bangen weiterhin um ihr Überleben: Restaurants haben nur eine beschränkte Platzzahl, Schwimmbäder keine Gäste, und Veranstaltungen wird es auch in den kommenden Monaten kaum geben. Wir forderten darum, dass die Unterstützungsmassnahmen für Selbständige und Freischaffende weitergeführt werden. Solange Organisator\*innen und Künstler\*innen keine Aufträge erhalten, brauchen sie eine Übergangslösung! Und der Einsatz hat sich gelohnt: Der Bundesrat hat auf Druck der GRÜNEN und Linken rückwirkend die Unterstützungsmassnahmen bis in den Herbst hinein verlängert.

### Rigider Sparkurs der Bürgerlichen

Noch bevor die notwendigen Unterstützungsgelder ihre Wirkung entfalten, sprechen die Bürgerlichen bereits von einem rigiden Sparkurs, um die Schulden schnellstmöglich wieder abzubauen. Die jährlichen Gewinnausschüttungen der Nationalbank

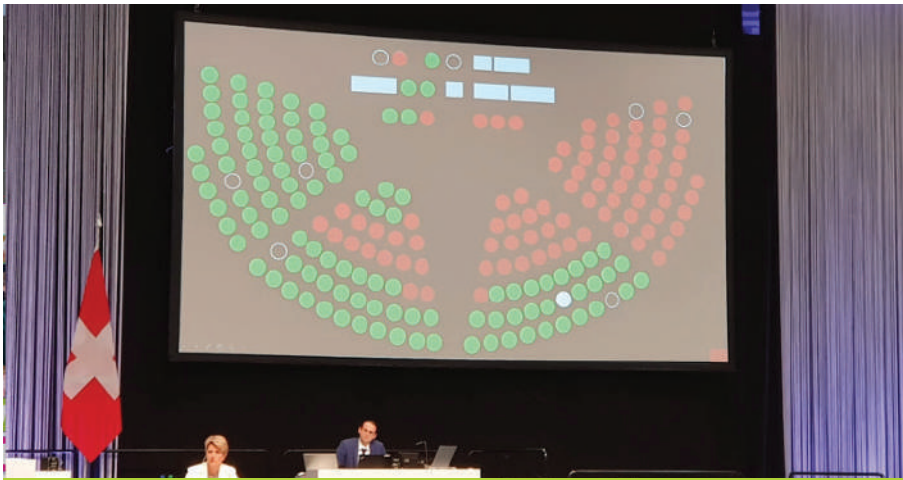
sollen zur Tilgung der Corona-Schulden verwendet werden: 1,3 Milliarden, die der Bund dringend für die Bildung, Forschung oder Landwirtschaft benötigt

«Die bürgerliche Sparwut darf nicht auf Kosten der Bildung oder der Umwelt ausgetragen werden.»

– insbesondere jetzt, wenn ein Rückgang der Steuereinnahmen absehbar ist. Wir wehrten uns gegen diese Destabilisierung

des Finanzhaushaltes. Gerade in einer Wirtschaftskrise ist es die Aufgabe des Staates mit antizyklischer Finanzpolitik eine Gegendynamik einzuleiten. Es wäre unverantwortlich, während der grössten Wirtschaftsrezession seit 40 Jahren auf die Sparsbremse zu treten oder die SNB-Milliarden direkt im Schuldenabbau verschwinden zu lassen.

Corona wird uns – auch finanzpolitisch – noch einige Zeit begleiten. Es liegt an uns GRÜNEN, auf allen Ebenen dafür zu sorgen, dass die bürgerliche Sparwut nicht auf Kosten der Bildung oder der Umwelt ausgetragen wird. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass wir am 27. September bei den kommunalen Wahlen im Kanton St.Gallen zulegen können und eine starke grüne Stimme in den Städten verankern.



## BEIM THEMA TERROR GEHT

# DAS AUGENMASS VERLOREN

Zwei Vorlagen zur Bekämpfung von Terrorismus sind im Parlament behandelt worden. Beide Vorlagen bringen wenig Nutzen und ritzen bewährte Grundrechte. Wir GRÜNEN haben leider erfolglos für rechtsstaatliche Verfahren und Verhältnismässigkeit gekämpft.

MZO. Seit 2007 wurde das Strafgesetzbuch rund sechzig Mal angepasst, ohne dass die Kriminalität so gestiegen ist, dass es so viele neue Strafbestimmungen braucht. Die Schweiz genügt den internationalen Anforderungen zur Terrorismusbekämpfung weitgehend. Heute ist es möglich, einen Dschihad-Reisenden bei Antritt der Reise zu stoppen.

**Neue Strafbestimmungen sind unnötig**  
Neu macht sich bereits strafbar, wer die Reise nur plant. Damit bestraft man nur jene zusätzlich, die noch zur Vernunft kommen. Auch der Anwaltsverband hat bemängelt, dass dies keinen praktischen Nutzen bringt. Dass diese Intervention im «juristischen» Ständerat erfolglos blieb, zeigt, dass beim Thema Terrorismus das Augenmass verloren geht.

Wer sich an der verbrecherischen Tätigkeit einer Organisation beteiligt, auch nur als Koch oder als Fahrerin, macht sich heute strafbar. Neu aber bereits, wer sich an allen (nicht verbrecherischen) Tätigkeiten beteiligt. Das ist

problematisch, weil es Organisationen gibt, die nicht nur verbrecherische Tätigkeiten ausführen. Die Grenzen sind fließend, die Einordnung schwierig.

**«Die Schweiz genügt den internationalen Anforderungen zur Terrorismusbekämpfung weitgehend.»**

Das zweite Gesetz ermöglicht Kontaktverbote, Eingrenzung und Hausarrest ohne Strafverfahren. Weder ein Gesetzesverstoss noch ein Verdacht dazu muss vorliegen. Notwendig ist nur, dass eine terroristische Aktivität ausgeübt werden könnte. Die Definition ist offen und lässt viel Interpretation zu. Bei konkreten Vorbereitungen kann heute eine Strafe verhängt werden. Künftig wird dies ohne konkrete Gefährdung gehen. Solche Bestimmungen werden in anderen Ländern willkürlich eingesetzt. Marionna Schlatter sagte im Nationalrat: «Die Schweiz will ein Instrument einführen, das sie bei anderen Ländern kritisiert.»

Dass das Parlament einen Teil des Schutzes vor Willkür auf dem Altar der Terrorismusbekämpfung opfert, gibt

Zudem klassieren gewisse Staaten eine Organisation aus politischen Gründen als terroristisch.

zu denken. Wer garantiert, dass Massnahmen ohne gerichtliche Überprüfung nicht ausgedehnt werden? Unsere liberale Gesetzgebung wird mit diesen Vorlagen arg strapaziert.

**Polizeiliche Zwangsmassnahmen schon ab 12 Jahren.**

Tiefpunkt ist die Möglichkeit, Massnahmen bei Kindern ab 12 Jahren und den Hausarrest, eine Einsperrung in der eigenen Liegenschaft, ab 15 Jahren zu verfügen. Wer Minderjährige ohne konkreten Verdacht wegsperret, schafft keine Sicherheit. Verblendeten und radikalisierten Jugendlichen muss mit vielerorts erfolgreich eingeführten Instrumenten wie Prävention, Sozialarbeit sowie Begleitung und nicht mit Wegsperren begegnet werden. So schafft man nur mehr Radikalisierung. Diese erfolgreichen Grundsätze haben uns vor Entwicklungen wie in anderen Ländern bewahrt.

Uns GRÜNEN geht es nicht darum, Terrorist\*innen zu schützen, sondern den erfolgreichen rechtsstaatlichen Weg der Schweiz gegen die Ausweitung des Strafrechts und der Aufweichung der Verhältnismässigkeit zu verteidigen.



## CO2-GESETZ:

## IN DIE RICHTIG

Das neue CO2-Gesetz ist ein gescheites Gesetz. Es bringt eine CO2-Reduktion um 50 %. Für die Wirtschaft und das Gewerbe stehen finanzielle Mittel von einer Milliarde Franken zur Verfügung. Und der durchschnittliche Haushalt spart bis zu 1'000 Franken pro Monat.

KEG. Das CO2-Gesetz hat schon eine lange Geschichte hinter sich. Nachdem der Bundesrat die Botschaft 2017 veröffentlicht hat, versenkte der Nationalrat die Vorlage in einer unheiligen Allianz zwischen GRÜNE/SP und der SVP im Dezember 2018. Ein Jahr später nahm der Ständerat, auch unter dem Einfluss der Klimastreikbewegung, mehrere neue Elemente in die Vorlage auf. Der Nationalrat übernahm diesen Frühling die Vorlage des Ständerats weitgehend. Die SVP hat bereits das Referendum angekündigt, so dass es in der ersten Hälfte 2021 zur Volksabstimmung kommen dürfte.

### CO2-Abgabe als wichtiges Instrument zur Reduktion der Emissionen

Aufgrund des Pariser Klimaabkommens werden die Verminderungsziele verschärft. Die Treibhausgasemissionen dürfen im Jahr 2030 höchstens 50 % der Emissionen des Jahres 1990 betragen. 60 bis 75 % der Reduktionen müssen mit Massnahmen im Inland erreicht werden. Ein wichtiges Instrument ist die erfolgreiche CO2-Abgabe

«Die Hälfte der Flugticketabgabe wird an Bevölkerung und an Wirtschaft rückverteilt.»

auf fossilen Brennstoffen. Diese kann bei Verfehlen der gesamtschweizerischen Ziele von heute 96 Franken auf maximal 210 Franken pro Tonne CO2 erhöht werden. Die Abgabe steigt damit von heute rund 25 auf maximal über 50 Rappen pro Liter Heizöl.

### Neue Abgaben und Vorgaben

Die meist diskutierte Massnahme ist die neu eingeführte Flugticketabgabe. Sie beträgt je nach Distanz und Beförderungsklasse 30 bis 120 Franken pro Passagier (z.B. für einen Europaflug in der Economy-Klasse 30 Franken und für einen Überseeflug in der Business-Klasse 120 Franken). Die Hälfte der Abgabe wird an die Bevölkerung und an die Unternehmen rückverteilt. Die Fliegerei ist sehr einseitig verteilt: wenige Leute fliegen viel. Das führt dazu, dass zwei Drittel der Bevölkerung mehr Geld zurückerstattet erhält, als sie für die Abgabe bezahlt.

Als Reaktion auf die bescheidenen Anstrengungen der Kantone gibt es bei den Gebäuden erstmals eine Bundesvorgabe. Ab 2023 dürfen Gebäude

bei einem Heizungersatz maximal 20 kg CO2 pro Quadratmeter beheizter Wohnfläche emittieren. Dies betrifft rund zwei Drittel aller Gebäude. Diese Gebäude müssen entweder auf erneuerbare Energien umstellen oder das Gebäude energetisch sanieren. Der Zielwert wird alle fünf Jahre um 5 kg CO2 gesenkt.

Für neue Fahrzeuge sind Emissionsgrenzwerte als Flottenziele festgelegt (Personenwagen 95 g CO2 pro km, leichte Nutzfahrzeuge 147 g/km). Für Personenwagen gilt der Wert bereits ab 2020 (gemäss altem Gesetz). 2018 betrug die durchschnittlichen CO2-Emissionen der Personenwagen 138 g CO2 pro km. Wegen der Überschreitung des Grenzwertes (130 g) mussten die Autoimporteure Bussen von 80 Millionen Franken bezahlen. Diese Bussen dürften in den nächsten Jahren stark ansteigen.

Erstmals wird auch der Finanzsektor in die Pflicht genommen. Die Schweiz verursacht über den Finanzsektor etwa zwanzigmal mehr CO2-Emissionen als die gesamten inländischen Emissionen. Gemäss neuem CO2-Gesetz müssen die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht

# Ein Schritt in die richtige Richtung

(FINMA) und die Schweizerische Nationalbank (SNB) die klimabedingten finanziellen Risiken überprüfen und regelmässig öffentlich über die Ergebnisse und entsprechende Massnahmen Bericht erstatten.

## Klimafonds zur direkten Förderung

Der neu geschaffene Klimafonds verfügt über Mittel von rund einer Milliarde Franken. Gespiessen wird der Fonds aus der CO<sub>2</sub>-, der Flugticketabgabe und diversen Bussen der Autobranche und der Industrie, welche die Zielwerte verfehlen. Die Mittel sollen unter anderem für das Gebäudesanierungsprogramm, direkte Unterstützungen des fossilen Heizungersatzes, elektrische Ladeinfrastrukturen, Energieplanungen in Gemeinden, Risikobeiträge für Geothermie und Fernwärmenetze, Unterstützung für synthetische Flugtreibstoffe eingesetzt werden.

## Sozialverträgliches CO<sub>2</sub>-Gesetz

Im Gegensatz zu den Behauptungen der SVP ist das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz ein sehr soziales Gesetz. Der durchschnittliche Schweizer Haushalt spart jährlich bis zu 1'000 Franken. Er profitiert von den Rückerstattungen der Flugticket- und der CO<sub>2</sub>-Abgabe, von den geringeren Heiznebenkosten und insbesondere von den geringeren Treibstoffkosten der sparsameren und weitgehend elektrisch betriebenen Fahrzeuge.

## Massnahmen genügen nicht

Das CO<sub>2</sub>-Gesetz ist ein erster, guter Schritt in Richtung Pariser Abkommen. Für das Netto-Null-Ziel sind die Massnahmen allerdings ungenügend. Dafür müssen in den nächsten Jahren die bestehenden Instrumente im CO<sub>2</sub>-Gesetz, im Energiegesetz und Stromversorgungsgesetz weiter ausgebaut werden. Für den Sektor Landwirtschaft ist aktuell die Weiterentwicklung der Agrarpolitik ab 2022 (AP22+) in der parlamentarischen Beratung. Die GRÜNEN werden diesen Sommer einen Plan für eine klimapositive Schweiz 2040 veröffentlichen, welche auch die Landwirtschaft und die Grauen Emissionen in den importierten Gütern umfassen.



**NACHRUF**  
**ERNST LANZ, TG**

## Weltoffen, engagiert, humorvoll

Am 14. Juni 2020 verstarb das Gründungsmitglied der GRÜNEN Thurgau Ernst Lanz-Allenspach aus Romanshorn 91-jährig. Ernst war als «Mann der ersten Stunde» bereits von 1988 bis 1995 Kantonsrat der GRÜNEN und

hat uns all die Jahre grosszügig ideell und finanziell unterstützt. Zusammen mit weiteren Mitstreitern war er zudem ein Pionier für die Grüne Bewegung in Romanshorn selber. Dasselbst kamen sein Wesen und sein Denken vollauf zum Tragen: Er war ein Querdenker und auch ein kritischer Geist, der sich nicht scheute, seine Meinung kundzutun mit seiner hartnäckigen und gleichwohl pragmatischen und realistischen Politik, seiner brillanten Intelligenz und seiner Vorliebe, Dinge und Themen zu recherchieren, setzte er sich mit Fragen über Gerechtigkeit, Weltfrieden und Bewahrung der Schöpfung auseinander. Unermüdlich las er Bücher und Zeitungen und so wusste er immer, was angesagt war oder empfohlen wurde.

Ernst Lanz war gerne unterwegs, auf Velotouren in europäischen Ländern und später dann bei den Tochterfamilien in ihren Feriendomizilen. Ernst Lanz hat in seinem Leben viel und viele bewegt – in und über die Grenzen seiner Familie und Romanshorn hinaus – getreu seinem Lebensmotto: Mit humorvollem Geist und hartnäckigem Tun die Menschen und die Natur bewahren und schützen.

## Ernst Lanz-Allenspach

15. September 1929 – 14. Juni 2020



## PROTEST GEGEN ZAHNLOSES BÜNDNER ENERGIEGESETZ

Rund 100 Klimaaktivist\*innen forderten mit einer Petition ein griffiges Energiegesetz. Das Kantonsparlament entschied jedoch anders und verabschiedete ein zahnloses Energiegesetz. Eine verpasste Chance für die heimische Wirtschaft und im Kampf gegen die Klimakrise.

MZU. Jedes Jahr fließen rund 18 Milliarden Franken aus der Schweiz ins Ausland – vornehmlich nach Russland, in die Arabischen Emirate und andere Erdölförderländer – zum Kauf von Erdöl und Erdgas, um damit Wohnräume zu beheizen. 40 % des gesamten Energieverbrauchs und damit auch des CO<sub>2</sub>-Ausstosses in unserem Land entfallen aufs Heizen. Das muss sich ändern, dachten sich auch die Verda Graubünden, als es im Februar im Bündner Grossen Rat ums neue Energiegesetz ging.

**Umstellung fördert unsere Wirtschaft**  
Eigentlich wäre es ganz einfach: statt alte Öl- oder Gas-Heizungen wieder durch die gleiche, veraltete Technologie mit den gleichen veralteten Energieträgern zu ersetzen, müssten diese Gelegenheiten genutzt werden, das Heizen auf erneuerbare Energien umzustellen. Erdsonden, Umgebungswärme oder Photovoltaik, die Liste der neuen, praktisch klimaneutralen Energieträger zum Heizen ist lang. Und eine Umstellung wäre ein klassisches «Füfer und s'Weggli»-Beispiel: Einerseits würden die Hausbesitzer\*innen einen aktiven

Beitrag zur Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses leisten, andererseits könnten dem einheimischen Gewerbe lukrative Aufträge zugetragen werden mit der Einrichtung solcher moderner Heizsysteme. Das Geld fließt also nicht zum Einkauf von problematischem Öl und Gas ins Ausland, es bleibt in der Schweiz.

**Petition ohne Erfolg**  
Diesem Gedanken folgend versammelten sich am 11. Februar 2020 rund 100 Klimaaktivist\*innen aus der Klimajugend, der Freien Liste und der Verda Graubünden vor dem Grossrats-Saal und heizten den Grossrät\*innen ein. Sie brachten eine Petition mit 300 Unterschriften mit, in welcher das Kantonsparlament aufgefordert wurde, sich für ein griffiges Energiegesetz einzusetzen. «Raus aus dem Öl!», «Sonne statt Erdöl» oder «Das neue Energiegesetz verheizt unsere Zukunft» war auf den Transparenten zu lesen. Doch leider kam es anders: Ein zahnloses Energiegesetz ohne Verbot neuer Öl- oder Gas-Heizungen wurde verabschiedet. Eine weitere Chance war vertan, innert der nötigen Zeit einen Schritt auf das Erreichen der Klimaziele hin zu tun.

«40 % des CO<sub>2</sub>-Ausstosses entfallen aufs Heizen.»



**ANITA MAZZETTA**  
**IN DEN CHURER STADTRAT**  
Nach dem Rücktritt von Tom Leibundgut von der Freien Liste Chur wird in der dreiköpfigen Stadtregierung ein Sitz frei. Mit Anita Mazzetta, der Geschäftsleiterin des WWF Graubünden, stellt sich eine kompetente und engagierte Kandidatin zur Wahl. Anita Mazzetta ist Mitglied der Verda Graubünden und wird vom Wahlbündnis «Freie Liste Verda» zur Wahl empfohlen. Der Wahltermin war ursprünglich für den 17. Mai 2020 vorgesehen und wurde aufgrund der Corona-Pandemie auf den 27. September 2020 verschoben. Neben Anita Mazzetta treten noch eine Kandidatin der CVP und ein Kandidat der SVP zur Wahl an. Es wird also eine harte Auseinandersetzung geben, für die alle Kräfte der Verda und der Freien Liste mobilisiert werden müssen.

[www.verda-gr.ch](http://www.verda-gr.ch)  
[www.anitamazzetta.ch](http://www.anitamazzetta.ch)





# GESUCHT: FACHPERSONEN FÜR ARBEITGRUPPEN UND GRÜNE GÖNNER\*INNEN

In der Glarner Tourismuspolitik braucht es ein grundsätzliches Umdenken. Statt Umsatz soll die regionale Wertschöpfung im Zentrum stehen. Die GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass man neue Tourismusformen wie «slow down tourism» prüft.

RKE, PMU. Von oben die Aussicht geniessen und den Blick über den Klöntalersee schweifen lassen. Nach der Berg- oder Biketour eine Abkühlung im erfrischenden Nass des klaren Bergsees finden und dann sich bei der Stärkung im Bergbeizli von der Ruhe inmitten der mächtigen Gebirgskulisse beeindrucken lassen: Wer träumt nicht von solchen Orten und die gibt es im Glarnerland. Und in Corona-Zeiten (mit weniger Fernreisen) werden solche Orte noch beliebter.

**Der Geheimtipp, der keiner mehr ist**  
Diese Beliebtheit hat auch eine Kehrseite: Die Qualitäten dieser Orte kommen zunehmend unter Druck. Der Geheimtipp war schon lange vor Corona nicht mehr geheim. Neustens werden agglomerationsnahe Täler mit Bergseen wie das Klöntal an schönen Tagen von Massen von Tagesbesucher\*innen heimgesucht. Hunderte von Autos, die sich die engen Strassen hinaufwinden, oben dann die verzweifelte Suche nach einem Parkplatz, Gedränge, Stress pur vor den Restaurants statt der angestrebten Erholung. Statt Wertschöpfung bleiben den

Orten der Abfall und die Störungen. Die Gemeinde Glarus hat nun immerhin ein Konzept entwickelt, das bei vollen Parkplätzen am Klöntalersee vorsieht, den Zugang für den weiteren Verkehr zu sperren – aus Sicherheitsgründen. Aber wenn wir ehrlich sind: Mehr als

Symptombekämpfung ist das nicht.

Wechseln wir zum Tourismusort Elm

am Talende, der tiefer als 1'000 m ü.M. liegt und Teil des UNESCO Weltkulturerbes Tektonikarena Sardona ist. Nun werden dem Landrat Millionen für neue Schneekanonen als Kerninfrastruktur und zur Existenzsicherung beantragt, was der Regierungsrat trotz Vorbehalten unterstützt. Müssten nicht gerade auch im Wintertourismus angesichts der Klimaerwärmung jetzt weitsichtigere Alternativen vom Kanton und Bund gefordert und nur solche Umsetzungen finanziell gefördert werden, fragen die GRÜNEN.

**Weitsichtiges Handeln des Regierungsrats ist gefragt**

Sie erwarten vom Regierungsrat ein weitsichtigeres Handeln bei der Verteilung der Förder- und Lenkmittel.

Mehr Mut, um nicht veraltete Rezepte und Symptombekämpfung zu unterstützen. Die GRÜNEN wollen, dass man neue Tourismusformen prüft, bei denen der Genuss, die Entschleunigung und die Sehnsüchte der Gäste bedient werden. Im Zentrum soll die regionale Wertschöpfung statt der Umsatz stehen. Denn weniger kann durchaus auch mehr sein.

**Förderung eines «slow down tourism»**  
Aussicht mit Weitsicht kann für den Tourismus im Glarnerland bedeuten, dass sich die Angebote konsequenter an den natürlichen Werten der Orte orientieren und nicht alles fördern und überall zulassen. Die GRÜNEN schlagen vor, die Förderung eines «slow down tourism» weiterzuentwickeln. Beispielsweise könnte im Klöntal ab und zu bewusst dem Langsamverkehr den Vortritt gegeben werden, was den heutigen Verkehrsstress vermeidet. So könnte der wahre Genuss im autobefreiten Klöntal besser bewirtschaftet und die Gästebedürfnisse der Zukunft bedient werden. Der «visit» im Glarnerland könnte zu einem bleibenden Erlebnis verlängert und zu einem nachhaltigeren Geschäft entwickelt werden.



## DIE GRÜNEN NEU MIT EIGENEM

Nach der nationalen Klimawahl erfasste die Klimawelle den Kanton St.Gallen auch auf kantonaler Ebene. Die GRÜNEN konnten ihre Sitze in der Pfalz von fünf auf neun erhöhen und erreichten damit Fraktionsstärke. Bei den Regierungswahlen erzielte Rahel Würmli ein respektables Ergebnis.

DBO. Nach der nationalen Klimawahl im Herbst 2019 waren die Erwartungen der GRÜNEN im Hinblick auf die kantonalen Wahlen vom 8. März hoch. Und es kam wie insgeheim erhofft: Die Klimawelle erfasste den Kanton St.Gallen auch auf kantonaler Ebene. Die GRÜNEN konnten ihren Wähleranteil von 5.2 auf 7.6 % und ihre Sitze in der Pfalz von fünf auf neun erhöhen. Auch bei den Regierungswahlen zeigte sich, dass grüne Themen mitten in der Gesellschaft angekommen sind.

Die grüne Kandidatin Rahel Würmli schnitt mit einem respektablem Ergebnis ab.

### Unerwarteter Sitzgewinn

In den Wahlkreisen See-Gaster, St.Gallen und Wil konnten die GRÜNEN erwartungsgemäss je einen zusätzlichen Sitz erringen. Neu im Kantonsrat vertreten sind Tanja Zschokke, Margot

Benz und Michael Sarbach. Eine erfreuliche Überraschung, sowohl für die Partei als auch für die Gewählte selbst, war der Sitzgewinn der GRÜNEN Rorschach, die erstmals mit einer eigenen Liste zu den Wahlen antraten. Jeannette

Losa aus Mörschwil holte sich den Sitz auf Kosten der FDP. Ein sehr gutes Resultat erzielte auch Kathrin Wurz im

### «Der Sitzgewinn in Rorschach war eine grosse Überraschung – auch für die Gewählte selbst»

Wahlkreis Sarganserland, die auf der gemeinsamen Liste von SP, GRÜNE und Gewerkschaften den ersten Ersatzplatz erreichte.

### Neu mit eigener Fraktion

Im Vorfeld der Wahlen hatten sich die GRÜNEN zum Ziel gesetzt, Fraktionsstärke zu erreichen. Mit vier zusätzlichen Sitzen wurde die für eine Fraktion notwendige Mindestgrösse von sieben Sitzen deutlich übertroffen. Letztmalig eine eigene Fraktion bildeten die GRÜNEN nach den Wahlen im Jahr 2004, wo sie um sieben auf zehn Sitze zulegen konnten. Seit der Reduzierung des Kantonsrats von 180 auf 120 Sitze – ohne Anpassung der Mindestgrösse einer Fraktion – gelang dies den GRÜNEN nicht mehr. Die GRÜNEN



# IN ST.GALLEN GRÜNER FRAKTION

haben zwischenzeitlich bereits einen Vorstoss zur Anpassung der Mindestgrösse von sieben auf fünf eingereicht.

Die neun gewählten Kantonsrät\*innen der GRÜNEN haben sich am 6. April im Rahmen einer Videokonferenz konstituiert. Als Fraktionspräsident einstimmig gewählt wurde mit dem Rheintaler Meinrad Gschwend der erfahrenste grüne Kantonsrat. Als Vize-Fraktionspräsidentin wurde Tanja Zschokke gewählt.

**(Noch) keine grüne Regierungsrätin**  
Gleich drei Regierungsratssitze waren am 8. März neu zu besetzen. Die GRÜNEN traten mit alt-Stadträtin/ Vize-Stadtpäsidentin Rahel Würmli aus Rapperswil-Jona zu den Wahlen an. Mit rund 41'000 Stimmen verpasste sie im ersten Wahlgang das absolute Mehr, erzielte jedoch ein respektables Resultat.

Auf eine Teilnahme am zweiten Wahlgang vom 19. April verzichteten die GRÜNEN. Der Entscheid war nach dem guten Resultat im ersten Wahlgang kein einfacher, weder für die Kandidatin noch für die Parteileitung. Das Herz der Kandidatin und auch der Parteileitung hätte sich klar für eine erneute Kandidatur entschieden. Der Kopf aber sagte Nein: Das grünlinke Lager hat auch nach den Zugewinnen im ersten Wahlgang rechnerisch einen Anspruch

auf nur zwei Sitze in der Regierung. Mittelfristiges Ziel bleibt aber eine grüne Vertretung in der St.Galler Kantonsregierung.

**Legislaturstart in Ausnahmesituation**  
Der Start in die neue und für vier grüne Kantonsrät\*innen erste Legislatur war von der Corona-Ausnahmesituation geprägt. Die Session fand nicht wie üblich im Kantonsratssaal statt, sondern in der Olma-Halle. Trotz der besonderen Umstände starteten die grünen Kantonsrät\*innen mit Freude und voller Elan in die Legislaturperiode 2020–2024.

## FRAKTIONSMITGLIEDER

### Wahlkreis Rheintal

Meinrad Gschwend (Fraktionspräsident)

### Wahlkreis Rorschach

Jeannette Losa

### Wahlkreis See-Gaster

Marco Fäh

Tanja Zschokke (Vize-Fraktionspräsidentin)

### Wahlkreis St.Gallen

Basil Oberholzer

Thomas Schwager

Margot Benz

### Wahlkreis Wil

Guido Wick

Michael Sarbach

## Kommunale Wahlen am 27. September

Das intensive Wahljahr 2019/2020 ist noch nicht zu Ende. Am 27. September finden auf kommunaler Ebene Erneuerungswahlen statt. Die GRÜNEN wollen den Schwung aus den nationalen und kantonalen Wahlen mitnehmen und treten in verschiedenen Städten und Gemeinden mit eigenen Kandidat\*innen an. Viel Erfolg!

Titelbild: Die Kantonsratsfraktion der GRÜNEN St.Gallen (v.l.n.r.). Meinrad Gschwend (Fraktionspräsident), Marco Fäh, Thomas Schwager, Margot Benz, Basil Oberholzer, Guido Wick, Jeannette Losa, Michael Sarbach und Tanja Zschokke (Vize-Fraktionspräsidentin).



Die neu gewählte Kantonsrätin Tanja Zschokke an ihrer ersten Kantonsratssession.



## DIE NEUE CREW DER GRÜNEN SG

An der Hauptversammlung vom 27. Juni haben die St.Galler GRÜNEN ihren Vorstand verbreitert und dabei deutlich verjüngt. Daniel Bosshard löst Kantonsrat Thomas Schwager als Kantonalpräsident ab. Dem neuen Präsidenten zur Seite stehen vier Vize-Präsident\*innen.

DBO. Ursprünglich war die Hauptversammlung auf den 4. April geplant. Nach den Lockerungen der Pandemie-Massnahmen konnte der grüne Parteitag am 27. September in der Aula des Schulhaus Schönenwegen in St.Gallen durchgeführt werden.

### Der eine geht,...

Nach fünf Jahren trat Kantonsrat Thomas Schwager von seinem Amt als Parteipräsident zurück. Während seiner Amtsdauer konnten die GRÜ-

### «Danke für dein Engagement, Thomas!»

NEN einige Erfolge erzielen. Die Rückeroberung des im Jahr 2015 verlorenen Nationalratssitzes mit Franziska Ryser und bei den Wahlen im Februar fast eine Verdoppelung der Sitze und damit erstmalig seit 2008 eine eigenständige Grüne Fraktion.

Im Namen der GRÜNEN bedankte sich Stadtparlamentarier Andreas Hobi bei Thomas Schwager für sein langjähriges Engagement als Parteipräsident.

### ...der andere kommt.

Das Amt des Parteipräsidenten übernimmt Umweltnaturwissenschaftler Daniel Bosshard. Er ist seit 2019 Inhaber eines Ökologiebüros und war zuvor während fünf Jahren als Fachmitarbeiter Natur und Landschaft beim Kanton St.Gallen tätig. Als ehemaliges Vorstandsmitglied bei den GRÜNEN Schwyz und als Präsident einer Ortspartei verfügt Daniel Bosshard auch über politische Führungserfahrung. Bei den Kantonsratswahlen wurde er auf den ersten Ersatzplatz gewählt. Daniel Bosshard wohnt in der Stadt St.Gallen und ist vier Tage vor seiner Wahl zum neuen Präsidenten zum zweiten Mal Vater geworden.

### Von sechs auf 12 Vorstandsmitglieder

Die neugewonnene Grösse der GRÜNEN im Kantonsrat soll sich auch in einer neuen, jüngeren und breiter aufgestellten Führungscrew widerspiegeln. Der Vorstand verdoppelt sich von 6 auf 12 Mitglieder. Dem neuen Präsidenten stehen vier Vize-Präsident\*innen und sieben weitere Vorstandsmitglieder zur Seite. Zum Vize-Präsidium gehören neben den zwei bisherigen Vorstandsmitgliedern Basil Oberholzer und Meinrad Gschwend neu auch Franziska Ryser sowie die ehemalige Regierungsratskandidatin Rahel Würmli.

### VORSTAND GRÜNE ST.GALLEN

#### Präsidium

Daniel Bosshard, Präsident  
Franziska Ryser, Vize-Präsidentin  
Meinrad Gschwend, Fraktionspräsident  
Rahel Würmli, Vize-Präsidentin  
Basil Oberholzer, Vize-Präsident

#### Weitere Vorstandsmitglieder

Margot Benz, Kantonsrätin  
Andreas Hobi, Stadtparlamentarier SG  
Sabrina Albin, Verbindung GRÜNE prowil  
Richi Faust, Verbindung GRÜNE Rorschach  
Aline Geisser, Verbindung Toggenburg  
Fabio Pasqualini, Kassier  
Rebekka Schmid, Verbindung Junge Grüne





## HISTORISCHER WAHLERFOLG

## DER GRÜNEN THURGAU

Die Grossratswahlen im März 2020 bescherten den GRÜNEN Thurgau das beste Resultat ihrer Geschichte. Sie konnten die Sitzzahl von neun auf 15 erhöhen. Obwohl es nicht zur Wahl gereicht hat, erzielte Karin Bétrisey bei den Regierungsratswahlen ein sehr gutes Resultat.

KEG. Die GRÜNEN Thurgau konnten den Wähleranteil von 7.4 auf 11.2 % erhöhen. Neu nehmen sechs Frauen und acht Männer Einsitz im Grossen Rat. In allen fünf Bezirken konnten die GRÜNEN zulegen: In Frauenfeld von zwei auf vier Sitze, in Kreuzlingen, Münchwilen und Arbon von zwei auf drei sowie in Weinfelden von einem auf zwei Sitze. Einen grossen Anteil am Wahlerfolg lieferten die Jungen Grünen mit einer eigenen Liste in Frauenfeld.

### Jünger und weiblicher

Die neue Grüne Fraktion ist jünger und weiblicher. Gewählt wurden:

Karin Bétrisey, Kesswil  
 Bernhard Braun, Eschlikon  
 Peter Dransfeld, Ermatingen  
 Brigitta Engeli, Kreuzlingen  
 Didi Feuerle, Arbon  
 Brigitta Hartmann, Weinfelden  
 Cornelia Hauser, Weinfelden  
 Toni Kappeler, Münchwilen  
 Mathis Müller, Pfyn  
 Sandra Reinhart, Amriswil  
 Jost Rüegg, Kreuzlingen  
 Gina Rüetschi, Frauenfeld  
 Simon Vogel, Frauenfeld  
 Simon Weilenmann, Basadingen  
 Isabelle Vonlanthen-Specker, Baltersw.

Als Fraktionspräsident amtiert Peter Dransfeld mit der Vizepräsidentin Karin Bétrisey.

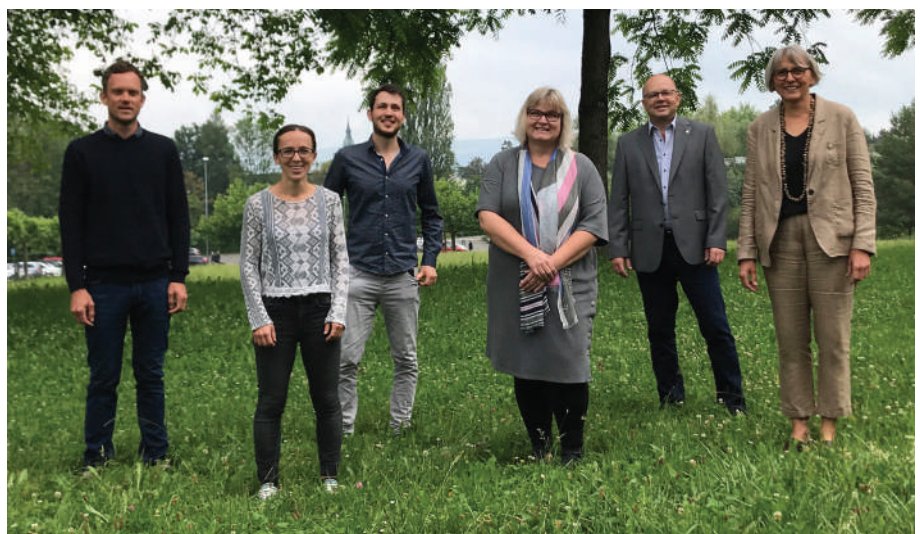
### Gutes Resultat für Karin Bétrisey

Obwohl es nicht zur Wahl gereicht hat, erzielte Karin Bétrisey ein sehr gutes Resultat bei den Regierungsratswahlen. Bei einer fünfköpfigen Regierung mit seit Jahrzehnten gleicher Zusammensetzung ist eine erfolgreiche Wahl schwierig. Mit der prominenten Kandidatur erreichten die GRÜNEN viel Medienpräsenz und konnten öko-

logische Themen in der Öffentlichkeit präsentieren.



Karin Bétrisey  
 Kantonsrätin und ehem.  
 Regierungsratskandidatin



Die neuen grünen Mitglieder im Grossen Rat (v.l.n.r.): Simon Weilenmann, Isabelle Vonlanthen-Specker, Simon Vogel, Cornelia Hauser, Bernhard Braun und Sandra Reinhart.



## URBANER HOLZBAU FÜR DIE VERWALTUNG

Am 27. September stimmt die Thurgauer Stimmbevölkerung über einen Kredit von 39.8 Millionen Franken für den Ergänzungsbau des Regierungsgebäudes in Frauenfeld ab. Es soll zusätzlich Platz für rund 300 bestehende Mitarbeitende geschaffen werden. Die GRÜNEN unterstützen die Vorlage.

KEG. Die kantonale Verwaltung beschäftigt insgesamt rund 3'900 Mitarbeitende. Ein grosser Teil davon arbeitet in der Kantonshauptstadt Frauenfeld, wo rund 1'600 Arbeitsplätze auf insgesamt 43 Standorte verteilt sind.

**«Einsparungen an Mietausgaben von rund 630'000 Franken pro Jahr.»**

### Erweiterung im Regierungsviertel

Im sogenannten «Regierungsviertel» der Promenaden- und Zürcherstrasse in Frauenfeld liegt eine ganze Reihe von wichtigen Bauten, darunter das Verwaltungsgebäude, die Kantonsbibliothek, das Regierungsgebäude und das Staatsarchiv. Dieser «Boulevard öffentlicher Bauten» wurde Anfang des 19. Jahrhunderts erstellt und Ende der 1960er-Jahre mit dem Bau des Verwaltungsgebäudes abgeschlossen. Der neue Erweiterungsbau kommt direkt hinter das Regierungsgebäude zu liegen. Er erfüllt die räumlichen und betrieblichen Anforderungen eines modernen Bürogebäudes und trägt gleichzeitig den besonderen städtebaulichen und architektonischen Herausforderungen Rechnung. Geplant ist ein viergeschossiger urba-

ner Holzbau, welcher Platz für fast 300 Arbeitsplätze bietet. Als Ersatz für die wegfallenden ebenerdigen Parkplätze wird in Zusammenarbeit mit der Stadt

Frauenfeld eine Tiefgarage mit 215 Plätzen erstellt. Durch die Verschiebung von Arbeitsplätzen in kantoneigene Liegenschaften entsteht ein mittelfristiges Einsparpotenzial an Mietausgaben von rund 630'000 Franken pro Jahr.

### Hohe ökologische Anforderungen

Der Ergänzungsbau zum Regierungsgebäude wird als erstes kantonales Gebäude nach dem Standard nachhaltiges Bauen Schweiz (SNBS 2.0) geplant. Er beinhaltet Anforderungen an eine sparsame und rationelle Energieverwendung, ein gutes thermisches Verhalten, eine hohe thermische Behaglichkeit und eine optimale Raumluftqualität. Darüber hinaus sind gesellschaftliche, ökologische und ökonomische Aspekte zu erfüllen, die über den Minergie-P-Standard hinausgehen. So werden beim Ergänzungsbau weitgehendst wiederverwend- und reproduzierbare Materialien verwendet.

### RÜEGG IST NEUER IGÖV-PRÄSI

Der grüne Kantonsrat Jost Rüegg ist zum Präsidenten der Interessengemeinschaft öffentlicher Verkehr Ostschweiz IGÖV gewählt worden. Er tritt damit die Nachfolge von Beat Tinner (FDP) an, der kürzlich in den St.Galler Regierungsrat gewählt worden ist und als Präsident zurücktrat. Die Interessengemeinschaft öffentlicher Verkehr Ostschweiz (IGÖV) ist ein politisch neutraler Verein.

Jost Rüegg, Kantonsrat und Vizepräsident der GRÜNEN Thurgau ist seit 2012 Vorstandsmitglied der IGÖV und wohnt in Kreuzlingen. Die Thurgauer GRÜNEN freuen sich, dass sie das für sie wichtige Thema Öffentlicher Verkehr noch direkter mitgestalten können.



Der alte und der neue Präsident der IG Öffentlicher Verkehr Ostschweiz: Beat Tinner (links) und Jost Rüegg.



# GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT

Die fast vollständige Grenzschliessung am 17. März war für viele Bewohner\*innen der Grenzregion eine schmerzliche Zäsur. Die GRÜNEN Euregion Bodensee haben deshalb am 5. Mai eine Gemeinsame Erklärung zur Situation der geschlossenen Grenzen veröffentlicht.

KEG. Jahrhundertlang war unser Europa von Grenzen dominiert. Eine schmerzliche Zäsur fand am 17. März 2020 statt, als die Grenzen zwischen Österreich, Deutschland und der Schweiz mit wenigen Ausnahmen geschlossen wurden.

## Einschneidende Auswirkungen

Diese gesundheitspolitisch nachvollziehbare Entscheidung hatte auf vielen Ebenen einschneidende, negative Auswirkungen. Zwischenmenschliche Beziehungen sind entzweit, Sonderlösungen für Familien und Paare mussten gefunden werden, wirtschaftlicher Austausch wurde enorm erschwert und an Freizeit- oder touristische Aktivitäten im jeweils anderen Land war gar nicht zu denken.

Eine besondere Ausnahmesituation erlebten die Städte Kreuzlingen/Konstanz und das Kleinwalsertal, das als funktionale Enklave in weiten Teilen des Lebens von der Aussenwelt abgeschnitten war.

Eines ist durch die Corona Pandemie offensichtlich geworden: die gewohnte, grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist nicht selbstverständlich. Wir GRÜNE sind davon überzeugt, dass jene Regionen, die zusammenarbeiten und den Transformationsprozess in Richtung einer ökologischen, sozialen und kooperativen Region am raschesten und besten gestalten, die zukunftsfähigsten sein werden.

## Gemeinsame Erklärung der GRÜNEN

Aus den genannten Gründen haben die GRÜNEN der Euregion Bodensee am 5. Mai 2020 an einer Pressekonferenz eine Gemeinsame Erklärung zur Situation der geschlossenen Grenzen veröffentlicht. Diese forderte, dass die Grenzen in unserer Region, unter strenger Beobachtung der gesundheitlichen Aspekte und Notwendigkeiten, stufenweise und rasch wieder geöffnet

werden. In einer ersten Phase sollen gegenseitige Besuche von Familienmitgliedern und Lebenspartner\*innen, unabhängig von Ehe oder eingetragener Partnerschaft, deutlich vereinfacht werden. In den

nächsten Phasen sollen die Grenzen für Rettungsdienste, Bewohner\*innen der Grenzregion und schliesslich für alle Bürger\*innen im Schengenraum wieder geöffnet werden.

An der Pressekonferenz nahmen teil: Franziska Ryser (NR SG), Kurt Egger (NR TG), Daniel Zadra (Klubobmann Vorarlberg), Martin Hahn (Landtagsabgeordneter Baden-Württemberg) und Thomas Gehring (2. Landtagspräsident Bayern). Die Pressekonferenz hat ein beachtliches Medienecho ausgelöst und führte bald zu ersten Erleichterungen für den Grenzübergang. Die GRÜNEN werden die Zusammenarbeit im Bodenseeraum weiter vertiefen.





## OstTalk

Am OstTalk können alle Mitglieder der GRÜNEN aus der Ostschweiz am Austausch mit unserem Ständerat Mathias Zopfi und den Nationalrät\*innen Franziska Ryser und Kurt Egger teilnehmen. Am ersten OstTalk vom Dienstag, 16. Juni standen das CO<sub>2</sub>-Gesetz, Corona-Massnahmen und viel Internes aus dem Nähkästchen zur Diskussion.

Der OstTalk findet elektronisch auf dem Grünen Chat statt. Wer künftig mitmachen will, muss sich im Chat zuerst registrieren (falls nicht bereits erfolgt) unter: <https://chat.gruene.ch> (zuerst auf Login klicken, dann auf der Seite im GRÜNEN Design unten auf «Registrieren»).

Der nächste Chat findet am Dienstag, 15. September um 18:00 Uhr statt.

## OSTGRÜNE:

### ANSCHLUSS FINDEN

#### Kantonalparteien

• GRÜNE Glarus  
Ennetbühlerstr. 3  
8755 Ennenda  
[www.gruene-gl.ch](http://www.gruene-gl.ch)  
[sekretariat@gruene-gl.ch](mailto:sekretariat@gruene-gl.ch)

• VERDA Graubünden  
Nicolas Zogg, Davos Cresta 4  
7412 Scharans  
077 436 00 44  
[www.verda-gr.ch](http://www.verda-gr.ch)  
[info@verda.gr](mailto:info@verda.gr)

• GRÜNE St.Gallen  
Postfach 207  
9004 St.Gallen  
071 577 16 64  
[www.gruene-sg.ch](http://www.gruene-sg.ch)  
[sekretariat@gruene-sg.ch](mailto:sekretariat@gruene-sg.ch)

## Bundeshausbesuche

Wir laden alle Ostgrün-Leser\*innen einzeln oder in Gruppen zu einem Besuch ins Bundeshaus ein. Unsere grünen Ostschweizer Parlamentarier\*innen Kurt Egger (TG), Franziska Ryser (SG) und Mathias Zopfi (GL) zeigen euch gerne das Innenleben des Bundeshauses. Auf der Tribüne kann die Debatte verfolgt werden und zur Stärkung gibt es ein Restaurant.

Die nächste Session startet am 7. September und dauert bis zum 25. September.

Interessent\*innen melden sich direkt unter:

[mathias.zopfi@parl.ch](mailto:mathias.zopfi@parl.ch)  
[kurt.egger@prl.ch](mailto:kurt.egger@prl.ch)  
oder [franziska.ryser@parl.ch](mailto:franziska.ryser@parl.ch)

• GRÜNE Thurgau  
Barbara Imholz, Aspenstr. 6  
8580 Sommeri  
071 410 06 01  
[www.gruene-tg.ch](http://www.gruene-tg.ch)  
[sekretariat@gruene-tg.ch](mailto:sekretariat@gruene-tg.ch)

#### OSTGRÜN, Redaktion und Inserate

• Kurt Egger, Präsident GRÜNE TG  
079 207 84 37  
[kurt.egger@gruene-tg.ch](mailto:kurt.egger@gruene-tg.ch)

• Daniel Bosshard, Präsident GRÜNE SG  
079 846 63 98  
[daniel.bosshard@gruene-sg.ch](mailto:daniel.bosshard@gruene-sg.ch)

Redaktionsschluss Ausgabe 3/20  
20. Oktober 2020

## AGENDA OSTGRÜN

Details siehe Webseiten Kantonalparteien.

### Glarus

[www.gruene-gl.ch](http://www.gruene-gl.ch)

- **Mittwoch, 12.8. 19:00 bis 21:00 Uhr**  
Hauptversammlung & Debatte zur Landsgemeinde

### St.Gallen

[www.gruene-sg.ch](http://www.gruene-sg.ch)

- **Donnerstag, 6.8. 17:30 Uhr** GRÜNE Stadt St.Gallen: Grüner Stammtisch, Rest. Splügen, St.Gallen
- **Dienstag, 18.8. 19:30 Uhr** GRÜNE Rorschach: Grüner Höck, Mörschwil
- **Dienstag, 25.8. 19:30 Uhr** GRÜNE Linth: Hauptversammlung, BGZ (Begegnungszentrum), Uznach
- **Mittwoch, 2.9. 20:00 Uhr** GRÜNE Wil-Land: Regio-Treff, Rest. Steinbock, Flawil
- **Samstag, 5.9. 10:30 Uhr** GRÜNE prowil: Grüner Stamm in der Falkenburg, Wil
- **Sonntag, 27.9.** Kommunale Erneuerungswahlen
- **Samstag, 3.10. 10:30 Uhr** GRÜNE prowil: Grüner Stamm in der Falkenburg, Wil
- **Montag, 26.10. 19:30 Uhr** GRÜNE Rorschach: Grüner Höck, Rorschach

### Thurgau

[www.gruene-tg.ch](http://www.gruene-tg.ch)

- **Donnerstag, 13.8. 20:00 Uhr** GRÜNE Münchwilen: Strommarkt, Gasthaus Engel, Sirnach
- **Montag, 24.8. 18:15 Uhr** Mitgliederversammlung GRÜNE Thurgau, Casa Giesserei, Werk 2, Arbon
- **Samstag, 5.9.** GRÜNE Frauen: Workshop «Humor-Frauen-Politik» mit Sybille Stör-Furrer in Oberhofen
- **Mittwoch, 9.9.** Fraktionsausflug GRÜNE Thurgau im Bezirk Arbon
- **Freitag, 8.10. 20:00 Uhr** Stammtisch GRÜNE Münchwilen, Gasthaus Engel, Sirnach
- **Montag, 19.10.** Mitgliederversammlung GRÜNE Thurgau
- **Sonntag, 31.10.** GRÜNE Arbon: Ausflug Umwelt-Arena CH
- **Freitag, 12.11.** Stammtisch GRÜNE Münchwilen, Gasthaus Engel, Sirnach
- **Samstag, 13.11.** GRÜNE Frauen: Frauen-Schwitzhütte im Toggenburg
- **Donnerstag, 10.12.** Chlausabend GRÜNE Münchwilen

### Ostschweiz und National

- **Samstag, 15.8.** DV der GRÜNEN CH
- **Dienstag, 15.9.** OstTalk im GRÜNEN Chat
- **Samstag, 24.10.** DV der GRÜNEN CH